

**Zeitschrift:** Schweizer Spiegel  
**Herausgeber:** Guggenbühl und Huber  
**Band:** 45 (1969-1970)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Die Antworten der sieben Länder  
**Autor:** Ranieri, Giuliano  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1079265>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die Antworten der sieben Länder

## Der Fragebogen

		Italien	Frankreich	Deutschland	Belgien	Holland	Luxemburg	Grossbritannien
Sind Sie für oder gegen die Entwicklung der EWG zum politischen Gebilde der «Vereinigten Staaten von Europa»?	ja	60	67	69	60	64	75	30
	nein	7	11	9	10	17	5	48
	weiss nicht	33	22	22	30	19	20	22
Sind Sie für oder gegen den Beitritt Grossbritanniens zur EWG?	ja	51	66	69	63	79	70	19
	nein	9	11	7	8	8	6	63
	weiss nicht	40	23	24	29	13	24	18
Sind Sie für oder gegen die allgemeine direkte Wahl eines europäischen Parlamentes, das also von allen Bürgern der Mitgliedstaaten gemeinsam gewählt würde?	ja	55	59	66	56	59	71	25
	nein	6	15	9	11	21	10	55
	weiss nicht	39	26	25	34	20	19	20
Akzeptieren Sie den Gedanken, dass über Ihrer Landesregierung noch eine europäische Regierung stehen würde, die für die gemeinsame Politik in bezug auf auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Wirtschaft zuständig wäre?	ja	51	49	57	51	50	47	22
	nein	10	28	19	19	32	35	60
	weiss nicht	39	23	24	30	18	18	18
Würden Sie in einer allgemeinen Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Europa einem Kandidaten aus einem andern Land Ihre Stimme geben, wenn seine Persönlichkeit und sein Programm Ihnen besser entsprechen als die der Kandidaten Ihres Landes?	ja	45	61	69	52	63	67	39
	nein	19	22	12	24	18	20	41
	weiss nicht	36	17	19	24	19	13	20

Die Ergebnisse in Prozentzahlen geben in verkleinertem Massstab das Urteil einer «statistischen Allgemeinheit» wieder, die Millionen von Europäern im wahlfähigen Alter entspricht.

Die in den sechs EWG-Ländern durchgeföhrte Untersuchung hat eine klare Antwort ergeben: Die Mehrheit befürwortet die politische und wirtschaftliche Einheit des Kontinents und glaubt an die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa. Die sechs Institute für statistische Erhebungen, die bei der Umfrage zusammenarbeiteten, waren den ganzen Januar und die ersten Tage des Februars tätig; sie bedienten sich der modernsten Sondierungsmethoden und wandten sich an ein Publikum, das auf reale Weise die Gesamtheit der männlichen und weiblichen Bevölkerung im stimmfähigen Alter vertreibt. Würde heute das Europa des

Gemeinsamen Marktes von den einzelnen Regierungen zu einer endgültigen Entscheidung aufgerufen, so wären die politischen Unsicherheiten, die der Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa noch im Wege stehen, durch diese Volksbefragung bereits beseitigt.

Das Votum der Engländer dagegen gibt zu einiger Besorgnis Anlass: Die öffentliche Meinung ist im Gegensatz zur Einstellung der Regierung noch weit von einem europäischen Klima entfernt, und die Mehrheit hat sowohl zum Beitritt Grossbritanniens zur EWG, als auch zur Verstärkung und Erweiterung der Gemeinschaft nein gesagt.

In Italien hat die Untersuchung ein wachsendes Interesse des Volkes für die Probleme unseres Europa von morgen ergeben. Es soll dabei hervorgehoben werden, dass die Befragung zu reinen Orientierungszwecken auch auf Jugendliche von 16 bis 20 Jahren ausgedehnt wurde. Die Umfrage erfasste 1941 Wahlberechtigte aus allen sozialen Schichten und 163 Nichtwahlberechtigte.

Die Antwort der Jüngsten, der Europäer der nächsten Zukunft, beweist, dass die heranwachsende Generation ein noch tiefer verwurzeltes Vertrauen in den kontinentalen Bund besitzt, das einzige Bollwerk gegen drohende Auseinandersetzungen und

die einzige Garantie für eine wirtschaftliche und politische Weiterentwicklung.

Die 1941 «Stimmbürger» setzten sich aus folgenden Gruppen zusammen:

291 Selbständige-Erwerbende, 552 Angestellte, 615 Arbeiter und 483 Unbeschäftigte. 563 von ihnen standen im Alter von 21 bis 34 Jahren, 638 von 35 bis 49, 478 von 50 bis 64 und 262 von 65 und darüber. In der Nordregion wurden 595 Personen erfasst, im mittleren Norden 346, in Mittelitalien 376, in Südalitalien und auf den Inseln 624; insgesamt 953 Männer und 988 Frauen.

In den übrigen fünf EWG-Ländern und in Grossbritannien erfolgte die Umfrage nach den gleichen Richtlinien. In Frankreich wurden 2130 Erwachsene und 249 Jugendliche interviewt, in Westdeutschland 1731 Erwachsene und 157 Jugendliche, in Belgien 1155 Erwachsene und 144 Jugendliche, in Luxemburg 301 Erwachsene und 34 Jugendliche, in Holland 1482 Erwachsene, in England 2147 Erwachsene (ab 18 Jahren) und 62 Jugendliche von 16 bis 17 Jahren.

Die überzeugtesten und entschlossensten Europäisten der EWG-Länder sind die Jüngsten. Auch in Grossbritannien legten die Nichtwahlberechtigten mehr Aufgeschlossenheit an den Tag als die «Grossen»: 39 Prozent befürworteten den Beitritt Englands zur EWG (gegenüber 19 Prozent der Bürger im Wahlalter), und 34 Prozent sprachen sich zugunsten einer übernationalen Regierung aus (gegenüber 22 Prozent). Die Ansicht der neuen Generationen beweist, dass das europäische Bewusstsein starke Wurzeln hat und dass sich eine föderalistische Zukunft abzeichnet.

Zum Schluss sei noch darauf hingewiesen, dass die Fragen 4 und 5 bei den Abstimmenden, die die übrigen Fragen positiv beantwortet hatten, eine gewisse Verwirrung auslösten. Auf den Vorschlag einer übernationalen Regierung antworteten in Frankreich nur 49 Prozent mit Ja, in Luxemburg 47 Prozent und in Holland,

das zu den europäischsten Ländern gehört, 50 Prozent. Auf den Vorschlag eines nicht dem eigenen Staat angehörigen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Europa äusserten sich 45 Prozent der Italiener positiv, gegenüber 69 Prozent in der Bundesrepublik und 67 Prozent in Luxemburg.

### **Die EWG heute und morgen**

Vor dreizehn Jahren wurde in Rom die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet. Am 25. März 1957 versammelten sich im Saal des Konzertpalastes die Vertreter Italiens (Antonio Segni und Gaetano Martino), Frankreichs (Pineau und Faure), Belgiens (Spaak und Snoy), Westdeutschlands (Adenauer und Hallstein), der Niederlande (Luns und Linthorst Homan) und Luxemburgs (Bech und Schaus), um den Grundstein zur grössten Integrationsbewegung zu legen, die die Geschichte kennt. Der Römer Vertrag von 1957 krönte die europäischen Bestrebungen von Männern wie De Gasperi, Adenauer, Schumann und Monnet. Der erste Teilzusammenschluss war bereits seit 1951 (Vertrag von Paris) in Kraft, als die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, genannt Montanunion, geschaffen wurde; jetzt durfte man die Fundamente des «europäischen Gebäudes» als vollständig betrachten, denn neben der EWG war auch die Europäische Atomgemeinschaft EURATOM entstanden.

Der Weg zum Gemeinschaftsziel war nicht leicht in diesen dreizehn Jahren. Der Begriff der nationalen Souveränität, besonders ausgeprägt in Frankreich während der Ära de Gaulle, stellte der realen Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet viele Hindernisse entgegen und gestaltete eine Einigung in einem der heikelsten Sektoren der EWG, nämlich der Landwirtschaft, besonders schwierig. Und doch stellt der Gemeinsame Markt, bei allen Unsicherheiten und Meinungsverschiedenheiten, heute eine Realität dar: Die sechs Mitgliedstaaten nehmen bereits, zu-

mindest auf dem Papier, eine Machtstellung in der Welt ein. Die siebziger Jahre sollen die letzten wirtschaftlichen und ideologischen Schranken beseitigen. Mit ihren 186 Millionen Einwohnern steht die EWG als Stahl- und Energieproduzent an dritter Stelle hinter den USA und der Sowjetunion und ist der zweitgrösste Konsumgütermarkt der Welt.

Lassen wir die Zahlen der neuesten offiziellen Statistiken sprechen: Jahresproduktion von Rohstahl in Millionen Tonnen: EWG 85,11, USA 124,7 UdSSR 96,9. Fügen wir den Index von Grossbritannien mit 24,7 hinzu, so erhalten wir ein noch eindrücklicheres «europäisches Produkt».

Die Vereinigten Staaten von Europa können in den achtziger Jahren Wirklichkeit werden, das heisst, einen Bundesstaat von 400 Millionen Einwohnern bilden, sofern Grossbritannien seine Zweifel überwindet und die Gemeinschaft auch Ländern wie Irland, Dänemark, Norwegen und vielleicht Schweden und Spanien Platz bietet. Die Umfrage hat bestätigt, dass die öffentliche Meinung in England für den europäischen Gedanken noch nicht aufgeschlossen ist. Noch überwiegt die Überzeugung, England könne seine Rolle besser spielen, wenn es die EWG «flankiere», anstatt sich aktiv daran zu beteiligen. Man fürchtet, dass die zukünftigen Vorteile die Risiken unmittelbarer Nachteile nicht aufwiegen werden. Nach Ansicht der am wenigsten optimistischen englischen Nationalökonomie würde sich der Beitritt zur EWG und der sich daraus ergebende Umschwung auf dem internen Markt durch die Importe vom Kontinent allzu spürbar auf die Zahlungsbilanz auswirken. Die gegenwärtige Situation erschwert die aufrichtigen Bemühungen des Labour-Regimes, das entschlossen ist, im Herbst die entscheidenden Verhandlungen aufzunehmen. Die ersten Sondierungsgespräche zwischen Grossbritannien und den EWG-Ländern fanden ja schon 1962 statt, stiessen aber sogleich auf den Widerstand Frank-

Weisflog —  
überall und  
jederzeit  
willkommen!



... und so  
trinkt man

**Weisflog**

Weisflog-Apéritif: Sec mit etwas Zitronenschale  
Weisflog zum Essen: Gespritzt,  $\frac{1}{3}$  Weisflog,  $\frac{2}{3}$  Wasser (nach schwerem Essen: sec)  
Weisflog als long-drink und Durstlöscher:  $\frac{1}{2}$  Weisflog,  $\frac{1}{2}$  Mineralwasser mit einem Zitronenschnitz  
Weisflog on the rock: Sec auf Eiswürfel gegossen, mit einem Zitronen- oder Orangenschnitz  
Kühl servieren!

**Weisflog**

im **Flex-Sil**  
dem einzigen Dampfkochtopf  
ohne Gummiring  
kocht man schneller, besser  
und gesünder



Erhältlich in den Grossenbacher-Geschäften Basel, Petersgasse 4  
Zürich, Löwenstrasse 17  
in allen Filialen der Ostschweiz und  
in vielen guten Fachgeschäften. Wo,  
sagt die Grossenbacher Handels AG  
9008 St.Gallen, Rosenheimstr. 2/4  
Tel. 071/24 23 23

reichs, das die europäische Führerschaft auf politischem und wirtschaftlichem (vor allem landwirtschaftlichem) Gebiet beibehalten wollte. Das Veto wurde in der Folge immer wieder erneuert. Heute sind die Verhältnisse anders, und eine Einigung erscheint möglich, wenn auch auf dem Weg über lange und schwierige Diskussionen.

An der Spitze des künftigen europäischen Staatswesens, das sich zum mächtigsten der Welt durchsetzen könnte, wird das jetzige Europäische Parlament sich aus einer Repräsentativ- und Kontrollversammlung in ein eigentliches demokratisches Machtzentrum verwandeln, das über den Nationalitäten steht, diese aber respektiert. Entsprechend wird auch der aus sieben Richtern zusammengesetzte Gerichtshof seine Aufgabe erfüllen und Urteile aussprechen können, die für alle bindend sind. Was bedeutet das? Dass Europa als Nation eine eigene Bilanz haben wird, die vom Parlament in Strassburg endlich verwaltet werden kann.

Im Europäischen Parlament, das am 10. September 1952 unter dem Namen «Versammlung der Europäischen Gemeinschaften» zum erstenmal zusammengerufen, führen ein Präsident und acht Vizepräsidenten den Vorsitz. Die nationalen Parlamente designieren, jeweils für die Dauer eines Jahres, die 142 Abgeordneten: je 36 für Italien, Frankreich und die Bundesrepublik, je 14 für Belgien und Holland und 6 für Luxemburg. Es sind vier über nationale politische Gruppen vertreten: die christlich-demokratische Gruppe (62), die sozialistische Gruppe (35), die liberale und gemischte Gruppe (26) und die Europäische Demokratische Union (15). Zwölf Kommissionen leisten die Vorarbeiten für das Parlament. Die Zukunft Europas jedoch sieht innerhalb der vertraglichen Normen eine andere Parlamentsstruktur vor: eine wählbare Versammlung, die die Völker des Kontinents vertreten, deren Willen Ausdruck verleihen und mit normativen Befugnissen ausgestattet sein

soll, um ein Parlament also, dessen Abgeordnete aus gemeinsamen direkten Wahlen hervorgehen. Ein interparlamentarischer Arbeitsausschuss hat einen Entwurf in 23 Artikeln ausgearbeitet, den das Parlament am 17. Mai 1960 genehmigte. Die endgültige Entscheidung liegt nunmehr bei den einzelnen Regierungen. Der Vertragsentwurf sieht vor, dass die Zahl der Parlamentsmitglieder allmählich verdreifacht und die Mandatsdauer auf fünf Jahre festgesetzt werden soll. Ein neuer italienischer Plan, der am 5. März dieses Jahres in Brüssel vorgelegt worden ist, schlägt einen Ministerrat mit den gleichen Machtbefugnissen vor, wie sie der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika besitzt. Giuliano Ranieri

## Wirtschaft

### Internationaler Preisvergleich

Von den 12 wichtigsten Industriestaaten weist die Schweiz die niedrigste Teuerungsrate auf. Der Anstieg des Konsumentenpreisindexes betrug gegenüber dem Vorjahr in Prozenten: Schweiz 2,1, Niederlande 3,2, Bundesrepublik Deutschland 3,5, Österreich 3,7, Belgien 4,3, Großbritannien und Kanada 4,9, Italien 5,0, Frankreich 5,7, Schweden 6,1, USA 6,3, Japan 8,5. Die Zahlen basieren auf dem Stand von Ende Februar 1970.

### Was bedeutet Inflation?

